

Vom Wert der Freiheit

Rede

von Bundesminister

Dr. Wolfgang Schäuble

**anlässlich der Verleihung der Lutherrose
der Internationalen Martin-Luther-Stiftung
am 10. November 2008 in Berlin**

„Ein Christenmensch ist ein freier Herr über alle Dinge und niemand untertan. Ein Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Dinge und jedermann untertan.“ In diesen beiden Sätzen, mit denen Martin Luther seine Schrift „von der Freiheit eines Christenmenschen“ beginnt, drückt sich der Kern des christlichen Verständnisses, eines zur Freiheit bestimmten, aber in seiner Verantwortung gebundenen Menschen aus.

Wir leben heute in einer Gesellschaft, die so offen ist wie nie zuvor. Das reicht von physischer Bewegungsfreiheit bis zur Lösung gesellschaftlicher Konventionen und Bindungen.

Mit dem Fall der Mauer und dem Ende des Ost-West-Konflikts hat sich der Prozess weltweiter Verflechtung – wirtschaftlich, politisch, sozial –, in der Regel „Globalisierung“ genannt, entscheidend beschleunigt. Der Fluss von Kapital, Waren, Personen und Informationen findet in einem Ausmaß grenzüberschreitend statt, wie wir uns das noch vor 20 Jahren kaum hätten vorstellen können.

In Europa kontrollieren wir seit Anfang des Jahres nur noch die Grenze zur Schweiz – und auch die voraussichtlich nur noch wenige Wochen. Was in Europa in kleinen Schritten mit einer Zoll- und Agrarunion begann, hat das Maximum dessen erreicht, was an persönlicher Freiheit zu gewinnen war.

Der europäische Binnenmarkt ist nicht nur in sich völlig offen, sondern seinerseits Teil einer offenen und zunehmend verflochtenen Weltwirtschaft. Die

Finanzkrise, in der wir uns gegenwärtig befinden, hat uns die unangenehme Seite, die damit auch verbunden ist, vor Augen geführt.

Der Prozess zunehmender Offenheit und Verflechtung über nationale Grenzen hinweg wird getragen von technologischen Entwicklungen, vor allem in den Informations- und Kommunikationstechnologien, und auch in der Verkehrstechnologie. Auch hiermit ist ein Freiheitsgewinn verbunden. Das Internet gewährleistet fast überall auf der Welt unmittelbaren Informationszugang.

In diesem Prozess ist der Staat aktiver Gestalter. Nicht anders als bei der Durchsetzung bürgerlicher Rechte im 19. Jahrhundert verkürzt es die Rolle des demokratischen Rechtsstaats, wenn er reflexhaft als Bedroher individueller Freiheit verstanden wird. Die offene Gesellschaft, deren Vision heute in weiten Teilen auf einer globalen Ebene wahr geworden ist, steht nicht in einem Gegensatz zum demokratischen Rechtsstaat, sondern wird von ihm gefördert und fortentwickelt. Viele Freiräume, die uns heute selbstverständlich sind, sind Ergebnis zielgerichteten staatlichen Handelns. Sie mussten im politischen Prozess erkämpft werden, sie wurden das aber auch.

Es hängt vielleicht mit unserer Geschichte zusammen, dass in Deutschland manche selbst in der demokratischen Bundesrepublik eher den freiheitsbedrohenden Staat als den freiheitssichernden Rechtsstaat sehen: Wir haben eine Staatstradition, die sich im 19. Jahrhundert nur langsam vom Obrigkeitsstaat zu einem Staat der Bürger entwickelte, und dann folgte die Perversion durch den Nationalsozialismus. Diejenigen, die vor 60 Jahren unserer Grundgesetz formulierten, haben auf diese Erfahrung reagiert. An den Anfang des Grundgesetzes stellten sie einen umfassenden Grundrechtskatalog, der mit der Aussage beginnt, dass die Würde des Menschen unantastbar ist.

Die Würde des Individuums als Grundlage einer freiheitlichen Gesellschaft ist die tragende Leitidee unseres Grundgesetzes. Das Grundgesetz geht – ebenso wie das christliche Menschenbild – von der Selbstbestimmung und der Eigenverantwortung des Menschen aus. Also gehören Freiheit und

Verantwortung zusammen – Verantwortung für sich selbst und für die Gemeinschaft. Die Freiheit gründet auf der Annahme, dass der Einzelne verantwortlich handelt.

Auch Luther setzte sein Vertrauen weniger in Institutionen, sondern in den einzelnen Menschen, der allerdings zeitlebens nicht nur die Frage „Freiheit wovon“, sondern damit untrennbar verbunden auch immer die Frage „Freiheit wozu?“ für sich beantworten muss. Zur menschlichen Verantwortung gehört die permanente Erinnerung daran, dass wir unser Leben, unser Glück, unsere Gesundheit und auch unsere Freiheit nicht uns selbst verdanken. Und dass auch beruflicher Erfolg – wie alles im Leben – nicht nur an unserer Leistung hängt. Diese einfache Erkenntnis bedeutet keine Zurücknahme des in jeder Volks- oder Weltwirtschaft notwendigen Leistungsdenkens, sondern vielmehr die Warnung, menschliche Leistungen als Letztbegründung des Lebens auszugeben.

Ein Kern des reformatorischen Denkens ist die Verantwortlichkeit des Einzelnen vor Gott auf der Grundlage menschlicher Freiheit. Diese Verantwortung kann einem keine Institution, keine Bankenaufsicht und kein Finanzberater abnehmen. Die eigene Entscheidung – ob richtig oder irrig –, der Erfolg oder das Scheitern, gehören zur menschlichen Freiheit dazu. Luther beschäftigte daher die Frage: Wie geht der Mensch angemessen mit der ihm geschenkten Freiheit um? Denn er ist frei, diese verantwortungsvoll zu nutzen, aber er kann sie eben auch maß- und rücksichtslos mißbrauchen.

Wir erleben zur Zeit die größte Vertrauenskrise der modernen Marktwirtschaft seit Ende des Krieges. Man muss sich der Doppelnatur des Menschen, seiner Maßlosigkeit und seinem Hang, – auch eigentlich gute – Dinge zu übertreiben, bewusst sein, um diese Krise – wie auch andere – zu verstehen.

Die Krise, in der wir uns jetzt befinden, sollte uns nicht dazu verleiten, die soziale Marktwirtschaft als System in Frage zu stellen. Die soziale Marktwirtschaft hat in den vergangenen Jahrzehnten mit einer beispiellosen Dynamik einen enormen Wohlstand geschaffen. Wir müssen uns aber bewusst

bleiben, dass es in der menschlichen Geschichte niemals eine grenzenlose, ununterbrochene Linie nach oben geben kann. Es gibt nicht nur Erfolge, es gibt immer auch Rückschritte. Das hat nichts damit zu tun, dass die soziale Marktwirtschaft als System nicht funktionierte, sondern das liegt in der menschlichen Natur. Ich erinnere mich noch, wie Ludwig Erhard in den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts nach einer Phase beispiellosen Wirtschaftswachstums zu Maßhalten aufgefordert hat und hierfür regelrecht verlacht wurde – weil man nicht glauben wollte, dass es auch einmal wieder magere Jahre geben könnte. Anfang der siebziger Jahre wurden dann viele mit der Ölkrise eines Besseren belehrt.

Für die gegenwärtige Krise gibt es plausible volkswirtschaftliche Erklärungen: die über viele Jahre hinweg laxe Geldpolitik der amerikanischen Notenbank, die unverantwortliche Anheizung des amerikanischen Immobilienmarktes – sozial- und integrationspolitisch getrieben –, die verhängnisvolle Entscheidung der Securities and Exchange Commission zur Aufhebung der Verschuldungsgrenzen für Wertpapierhandelshäuser, die Refinanzierung und weltweite Verteilung des gigantischen Hypotheken- und Kreditausfallrisikos durch Verbriefung und so genannte Finanzinnovationen bis hinein in die Depots deutscher Bürger.

Das ist alles richtig. Diese Erklärungen reichen aber nicht, um das Problem zu beschreiben. Denn die Menschen sind in der sozialen Marktwirtschaft frei. Niemand musste von sicheren Staatsanleihen auf spekulative Zertifikate und Derivate umsteigen. Aber viele wollten dabei sein als der Kapitalmarkt hohe Rendite versprach: die Banken, viele Bürger und auch viele staatliche Einheiten wie beispielsweise etliche Gemeinden.

Das individuelle Versagen von Mitgliedern der internationalen Finanzelite kommt hinzu – etwa von Managern großer Finanzkonzerne, die offensichtlich selbst nicht mehr in der Lage waren, die von ihnen mit geschaffenen Strukturen zu durchschauen. Das Unbehagen wird umso größer, als viele angesichts von Gehältern und Bonuszahlungen in bestimmten Bereichen der Finanzindustrie

schon länger das ungute Gefühl hatten, dass hier Maßlosigkeit unkontrolliert waltet.

Neben der akuten Bekämpfung der Krise wird es nun darum gehen, möglichst unideologisch zu analysieren, was genau die Ursachen und Auslöser für die Krise waren, und sie im Wechsel von wirtschaftlichem Wachstum und Rückschlägen richtig einzuordnen.

Die Erfahrung einer großen Krise nach einer stabilen Wachstumsphase ist nicht neu. Gerade in der ersten Zeit der modernen Industriegesellschaft im 19. Jahrhundert gab es tiefe Wirtschaftskrisen, die sich aus Phasen großer Innovation, darauf folgender Spekulation und anschließender Rezession entwickelt haben. Emile Zola beschreibt das in seinem Roman „L'Argent“: Auch damals waren Hybris und maßlose Gier die Triebfedern, die ins Verhängnis führten.

Wir müssen also vorsichtig sein, wenn wir davon reden, dass es eine solche Krise so oder so ähnlich noch nie gegeben habe. Oft sind solche Superlative nur Ausdruck eines beschränkten Horizonts oder ihrerseits wieder eine gewisse Übertreibung.

Zugleich ist es aber auch richtig, dass solche Krisen unterschiedliche Auslöser hatten. Es ist eher selten in der Geschichte, dass derselbe Fehler mehrmals einen Crash verursacht. Das hat mit dem Prinzip von Versuch und Irrtum in der offenen Gesellschaft zu tun. Der Mensch kann irren und er macht Fehler, er ist aber auch lernfähig. Deswegen bin ich zuversichtlich, dass wir auch aus dieser Krise lernen werden und geeignete Instrumente finden, die globalisierte Wirtschaft zu steuern.

Denn die jetzige Krise hat wohl auch mit den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen einer globalisierten Welt und einer globalisierten Finanzwirtschaft zu tun. So wie Emile Zola die erste große Krise des Industriekapitalismus beschreibt, haben wir heute vielleicht die erste große Krise der Informationsgesellschaft und ihrer Ökonomie.

Lord Dahrendorf hat kürzlich am Lebensstil der Londoner Banker anschaulich beschrieben, wie die Informationsrevolution den Finanzsektor verändert hat: Früher sei man dort am späten Vormittag ins Büro gekommen, nach dem ersten Sherry am Mittag sei man mit interessanten Leuten essen gegangen und schließlich am Nachmittag, sobald die Wall Street geöffnet hatte, wieder nach Hause gefahren. Die heutige Informationsverfügbarkeit habe das Bild völlig geändert: Leute, die rund um die Uhr arbeiten und sich völlig kaputt machen.

In dem Beispiel, das Lord Dahrendorf beobachtet hat, ist die Maßlosigkeit offensichtlich, und es zeigt die tiefe Vernunft wirtschaftsethischer Prinzipien. Bischof Huber hat einmal geschrieben, die Krone der Schöpfung sei nicht der Mensch, sondern der Sabbat, weil er das Schöpfungswerk abschließt. Der wöchentliche Ruhetag ist jedenfalls Ausdruck der Mäßigung als einem besonderen Wert. Der Abstand, den wir an so einem Tag vom Alltag gewinnen, trägt dazu bei, dass wir Maß und Mitte unseres Handelns nicht aus den Augen verlieren.

Die Informationsgesellschaft auf den Finanzmärkten hat dazu geführt, dass dort Komplexitäten geschaffen und gehandelt werden, die an die Grenzen der menschlichen Verständnissfähigkeit gehen. Der Handel mit Derivaten bedeutet, dass sich Risiken und Informationen über Risiken völlig von ihrer Grundlage lösen und immer weniger durchschaubar sind. Überblick und Sachkenntnis wurden vielfach durch Spekulation ersetzt. Und es grenzte wohl an Hybris, zu denken, dass ein so komplexes System nicht fehleranfällig sei. Der Übertreibung in die eine Richtung, dem teilweise leichtfertigen Vertrauen, folgt dann fast zwangsläufig die Übertreibung in die andere Richtung: der völlige Vertrauensverlust. Nun glaubt an den Finanzmärkten niemand mehr irgendetwas.

Es gibt kein Patentrezept dafür, wie man aus einer solchen Krise wieder herauskommt und was in Zukunft verändert werden muss. Es ist aber klar, dass der Staat gefordert ist, weil nur er jetzt noch das notwendige Vertrauen finden kann.

Es gehört zu den positiven Erfahrungen dieser Tage, dass sie den Wert und die Kraft des Staates und das Vertrauen in ihn zeigen. Viele sahen den Staat ja schon als ein Relikt vergangener Zeiten, das mit zunehmender Globalisierung, Liberalisierung der Märkte und Öffnung der Grenzen bedeutungsloser zu werden schien. Freiheit – persönliche wie wirtschaftliche – gründet aber immer, schon bei Luther, auf Verantwortung. Die Verbindung zwischen Freiheit und Verantwortung bedarf der Ordnung.

Die freien Märkte, wie wir sie kennen, sind auf Voraussetzungen angewiesen, die sie nicht selbst schaffen können. Vor allem brauchen die Märkte eine komplexe staatliche Rahmenarchitektur, die ihre Funktionsbedingungen sichert und das Vertrauen gewährleistet, ohne das sie nicht existieren können. Mit dem Verhältnis von Markt und Staat ist es ähnlich wie mit dem Verhältnis von Sicherheit und Freiheit, für das ich als Innenminister zuständig bin. Freiheit und Sicherheit sind keine Gegensätze, sondern bedingen sich gegenseitig. Die Wahrnehmung der Freiheitsrechte setzt ein hinreichendes Maß an Sicherheit als Grundlage für Vertrauen voraus. Eine freiheitliche Gesellschaft lebt vom Vertrauen – vom Vertrauen in eine funktionsfähige Wirtschaft ebenso wie vom Vertrauen in den Schutz des Individuums als Grundvoraussetzung für Freiheit. Sie lebt vom Vertrauen in die öffentliche Sicherheit und Ordnung, vom Vertrauen in den Rechtsstaat. Und dessen Aufgabe ist nicht – das erkannte Luther in seiner Rede von den zwei Reichen –, letztgültige Antworten auf die Geheimnisse menschlicher Existenz zu geben, sondern die Gewährleistung menschlicher Freiheit, indem er Regeln aufstellt und durchsetzt.

Absolute Sicherheit gibt es nicht. Wir sollten weder die Illusion haben, der Staat könnte lückenlos Sicherheit gewährleisten, noch diese Illusion für erstrebenswert halten. Denn mit Freiheit hätte dies nichts mehr zu tun. Die freiheitliche Ordnung lebt von ihrer Unvollkommenheit.

In vielen Bereichen erleben wir die gegenteilige Tendenz eines Rufes nach mehr Staat, gerade auch in den Bereichen, die nicht zu seinen Kernaufgaben gehören. Der Anspruch, dass der Staat institutionelle Rahmenbedingungen für

die individuelle Lebensplanung schafft, ist gerade in unserer individualistischen Gesellschaft gewachsen. Anstatt mehr Freiheit einzufordern, erwarten die Menschen eher mehr vom Staat, und der Staat greift in vorausseilender Sorge immer mehr ein.

Staat und Gesellschaft können aber nicht alle Risiken abfedern, sie können und dürfen den Menschen nicht ihre Entscheidungen abnehmen. Das christliche Verständnis vom Menschen, ebenso wie das Verständnis unseres Grundgesetzes beruht auf einem Vertrauen in die Menschen als Voraussetzung für Freiheit, einem Vertrauen, dass auf der Annahme menschlicher Verantwortung und Bindung beruht. Der Formulierung individueller Grundrechte in unserem Grundgesetz lag kein Konzept verantwortungsloser individualistischer Freiheit zu Grunde, wie es in Zeiten von Entgrenzung und Bindungslosigkeit von manchen verfochten wird.

Manches, was heute unter dem Stichwort individueller Freiheit vertreten wird, hätte 1948 zu Recht eher als Hybris gegolten – so etwa wenn es als Höhepunkt individueller Religionsfreiheit gesehen wird, das Kruzifix im Klassenzimmer oder im Gerichtssaal abzuhängen, weil sich Einzelne von der christlichen Bindung der Mehrheit gestört fühlen. Die individuelle Religionsfreiheit ist vorbehaltlos gewährleistet. Aber sie ist kein Grundrecht, die kulturelle Prägung unseres Gemeinwesens aktiv umzugestalten.

Nie waren die Grundrechte Ausdruck eines Bindungsverlustes. Und es ist vielleicht auch nicht überraschend, dass ein bindungsloses Freiheitsverständnis eher mit einem starken staatlichen Regelungsbedürfnis einhergeht. Wer dem Einzelnen nichts zutrauen darf, kann ihm auch nicht vertrauen. Der Staat muss dann alles Mögliche steuern und regeln und hierzu umfassend aktiv werden: von der Gesetzgebung über die Forschung bis hin zu Öffentlichkeitsarbeit und Subventionierung. Der maßlosen Individualität tritt so die maßlose Staatlichkeit zur Seite, und beide laufen Gefahr, dass sie die Voraussetzungen zerstören, von denen individuelle Freiheit und demokratisches Staatswesen leben.

Der Staat kann und er soll nicht alles regeln, um der Freiheit willen. Das heißt nicht, dass der Staat schwach sein muss oder sollte. Man darf Freiheit nicht mit Anarchie verwechseln. Ein freiheitlicher Staat und ein starker Staat, wo er gefragt ist, schließen sich nicht aus, im Gegenteil: Der Rechtsstaat schützt nur dann die Freiheit, wenn er die allgemeinen Regeln durchsetzt. Das gilt auch für die Markt- und Bankenaufsicht. Das ist die Voraussetzung, für das Vertrauen der Menschen in den Staat und für die Stabilität unserer Gesellschaft.

Unser Staat ist zum Schutz seiner Bürger da. Das wissen die meisten Menschen, und deswegen vertrauen sie ihm. Das gilt in der Sicherheitspolitik, wo der Staat besonders präsent ist – weil die Gewährleistung der Sicherheit als Kehrseite des staatlichen Gewaltmonopols eine der Kernaufgaben des Staates ist. Das gilt aber auch dort, wo sich der Staat sonst eher zurückhält.

Das Hilfspaket der Bundesregierung in der Finanzmarktkrise ist ein Beispiel hierfür. Ich hoffe, dass es dazu beiträgt die akuten Probleme des Finanzmarktes zu beseitigen, indem es die finanziellen Grundlagen der Wirtschaft sichert. Darüber hinaus werden wir die Ursachen und Auslöser der Krise gründlich analysieren müssen und dann weitere Maßnahmen und strategische Vorkehrungen treffen. Das Wichtigste ist, dass wir aus Fehlern lernen und dass wir aus dem Rückschlag einen Fortschritt machen.

Es muss Korrekturen geben. Wir dürfen uns aber nicht in eine Systemkrise hineinreden. Wer glaubt, ein auf Freiheit gestütztes System entwickeln zu können, das völlig frei von Krisen und Rückschlägen ist, der ist nicht weniger der Hybris verfallen als jene, die in den letzten Jahren an die grenzenlose Effizienz und Stabilität der globalisierten Märkte geglaubt haben. So vorschnell es war, wie manche in den vergangenen Jahren den Staat gescholten und nach Deregulierung gerufen haben, so vorsichtig müssen wir nun sein, dauerhaft nach mehr Staat zu rufen. Wir müssen unterscheiden zwischen der Bewältigung der akuten Vertrauenskrise – hier gibt es niemanden anderen als den Staat – und der Vorbeugung gegen ähnliche Krisen.

Ich glaube nicht, dass es um mehr oder weniger Staat oder um mehr oder weniger Regulierung geht, sondern schlicht um eine bessere, problemadäquatere Regulierung. Ich bin auch skeptisch, ob es sinnvoll ist, immer mehr Regulierung auf die internationale Ebene abzugeben. Die Stabilität des Systems muss sich dadurch nicht unbedingt erhöhen. In vereinheitlichten Systemen mögen vielleicht weniger einzelne Fehler passieren, aber jeder Fehler birgt das Risiko, dass er alle betrifft und sich so breiter auswirkt. Monokulturen sind ja auch in der Landwirtschaft weniger widerstandsfähig.

Monokulturen und Giganten haben, solange es gut geht, häufig spektakulärere Erfolge. Sie führen aber auch zu tieferen Krisen. Beim Vergleich mit politischen Systemen gibt es Parallelen. Deswegen sollten wir die Mischkultur pflegen, die wir in Deutschland haben. Wir brauchen nicht nur große Konzerne und Großbanken, sondern wir brauchen auch eine starke mittelständische Wirtschaft. Und die lebt von ihren verantwortlichen Führungspersonlichkeiten. Ein starker Mittelstand ist die beste Vorkehrung gegen Übertreibungen und Krisen, wie wir sie zur Zeit erleben.

Deswegen wäre es ein großer Fehler, den Mittelstand zu vernachlässigen, zum Beispiel in der Steuerpolitik. Es darf kein Argument für die Bevorzugung großer Konzerne sein, dass diese ihre Aktivitäten ins Ausland verlagern können. Unterschiedlich intensiver Steuerwettbewerb sollte nicht dazu führen, dass jene schlechter gestellt werden, die nicht ausweichen können. Wirtschaft kann nicht allein von Großkonzernen leben. Wir brauchen auch kleine und mittlere Unternehmen, die für neue Ideen und Innovationen, neue Techniken und den frischen Wind sorgen, der bei der Suche nach neuen Lösungen unverzichtbar ist.

Es ist auch der Mittelstand, in dem Bindungen häufig noch zählen: der persönliche Kontakt zu Geschäftspartnern und Kunden, die Ausbildung und Betreuung von Mitarbeitern, die familiäre Tradition und Unternehmensfortführung. Genau so eine Art von Unternehmer zeichnet die Martin-Luther-Stiftung mit Heinz Horst Deichmann heute aus, weil er sich in beispielgebender Weise mit seinem Leben und beruflichen Wirken für die

reformatorische Tradition von Freiheit und Verantwortung für das Gemeinwohl eingesetzt hat. Herr Deichmann ist ein Unternehmer, der weiß und vorlebt, dass Betriebe über die Erwirtschaftung des Gewinnes – der die Grundlage seiner Existenz ist und bleibt – hinaus eine Verantwortung tragen für das Wohl derer, die dort arbeiten, für Kunden, Lieferanten und die Allgemeinheit und dass diese Verantwortung nicht am Werkstor endet. Freiheit in Verantwortung, darum geht es letztlich.

Christen sind weder die besseren noch die schlechteren Marktteilnehmer. Es gibt keine christliche Sonderwirtschaftsethik. Die Marktgesetze gelten für alle, aber Wirtschaft – das zeigen die Ereignisse der letzten Wochen – hat ebensoviel mit Sitten, Werten und Tugenden wie mit betriebswirtschaftlicher oder buchhalterischer Mechanik zu tun. Und da kann die christliche Ethik dann in der Tat ihren profilierten Beitrag leisten. Wirtschaft lebt vom Miteinander, vom Austausch auf langfristiger Basis, Wirtschaft lebt auch von Tradition und Erfahrung. Tradition und Erfahrung – auch wenn das bei manchen aus dem Blick geraten war – ist gerade in unserer schnelllebigen, unübersichtlichen Welt von großem Wert.

Die Marktwirtschaft ist immer dann am stärksten und im Gleichgewicht, wenn sie von Menschen getragen wird, die ihre Freiheit nutzen, um über den Tag und das nächste Quartal hinaus zu handeln und Verantwortung zu übernehmen. Wilhelm Röpke, einer der Theoretiker der sozialen Marktwirtschaft, schrieb in seinem Buch „Jenseits von Angebot und Nachfrage“: „Selbstdisziplin, Gerechtigkeitssinn, Ehrlichkeit, Fairness, Ritterlichkeit, Maßhalten, Gemeinsinn, Achtung vor der Menschenwürde des anderen, feste sittliche Normen – das alles sind Dinge, die die Menschen bereits mitbringen müssen, wenn sie auf den Markt gehen und sich im Wettbewerb miteinander messen.“

Das sind hohe Ansprüche, die sicher auch nach dieser Krise nicht immer erfüllt werden. Es geht auch nicht um Makellosigkeit im Einzelfall, sondern darum, dass uns diese Tugenden nicht aus dem Blick geraten. Dafür sind wir alle verantwortlich und dafür müssen wir uns, in der richtigen Balance von Eigenverantwortung und staatlicher Steuerung, einsetzen. Je besser uns das

gelingt, desto besser wird – im Interesse aller Menschen in unserem Land – unsere überlegene Wirtschaftsordnung, die soziale Marktwirtschaft, funktionieren. Entscheidend wird sein, was wir aus all dem hinsichtlich des Gestaltens und Auslebens menschlicher Freiheit lernen, und da scheint mir Luthers reformatorisches Freiheitsverständnis eine gute Orientierung, da in diesem Freiheit ohne Verantwortung nicht denkbar ist:

Wir sind niemandes Knecht und doch gleichzeitig jedermanns Knecht. Das scheinbare Paradoxon aus der „Freiheit eines Christenmenschen“ von 1520 ist eben nur ein scheinbares und kein tatsächliches. Den wirklichen Wert der Freiheit lernt man tragischerweise oft erst dann zu schätzen, wenn man sie verliert. Darum lohnt es sich, durch den vernünftigen Gebrauch unserer Freiheit gemeinsam dafür zu sorgen, dass unsere Märkte so frei wie möglich bleiben. Den Maßstab für den angemessenen Gebrauch von Freiheit findet man dabei schon weit vor Luther: Am Portal des Apollontempels von Delphi. Dort stand: Meden agan. Nichts im Übermaß! Vorbilder für verantwortliches freiheitliches Handeln in der Gegenwart gibt es auch in diesem Land: Man denke dabei nur an Herrn Deichmann als ersten mit der Lutherrose ausgezeichneten Preisträger. Er ist einer von vielen, die sich tagtäglich in richtig verstandener Freiheit und mit großer Verantwortung für ihr Unternehmen und ihre Mitarbeiter einsetzen.